

POSTWACHSTUM IN DER RAUMPLANUNG – KERNELEMENTE UND SPURENSUCHE IN ÖSTERREICH

Hannah Lucia Müller, Anna Franziska Kalhorn, Michael Getzner

Zusammenfassung

Die österreichische Raumplanung strebt eine nachhaltige Raumentwicklung an, doch empirische Befunde zeigen, dass sie die vorgegebenen Ziele nicht erreicht hat. Das nach wie vor vorherrschende Wachstumsparadigma fördert Wirtschaftswachstum. Zwar ist eine absolute Entkoppelung von Umwelt- und Ressourcenverbrauch in Österreich teilweise zu beobachten, diese ist aber zur Erreichung der Klimaziele bei weitem nicht ausreichend. Der vorliegende Beitrag¹ fasst die grundlegenden Argumente der Wachstumskritik zusammen und betont die Notwendigkeit von Postwachstumsansätzen in der Raumplanung. Das Kapitel diskutiert, wie wachstumsorientierte Tendenzen in der österreichischen Raumplanung trotz konzeptioneller Auseinandersetzung mit Wachstumsgrenzen und Ressourcenschonung weiterhin bestehen. Abschließend werden auf Basis der einschlägigen Literatur fünf Kernelemente einer postwachstumsorientierten Raumplanung skizziert: 1) Sozial-ökologische Zielsetzungen für die Raumplanung, 2) Flächensuffizienz und gerechte Bodenverteilung, 3) Planung auf verschiedenen Ebenen und Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur_innen, 4) Gemeinwohlorientierte Bereitstellungsformen und 5) emanzipative Entscheidungsprozesse.

Stichwörter

Raumplanung, Postwachstum, Degrowth, Post-Growth

1. EINLEITUNG

Auch wenn die österreichische Raumplanung eine nachhaltige Raumentwicklung erreichen will – so schreiben es zumindest viele Konzepte und Strategien fest –, sprechen die empirischen Befunde zumindest der letzten dreißig Jahre eine andere Sprache: Die überbordende Inanspruchnahme von Flächen, der dramatische Verlust an Biodiversität, der Ausbau fossiler Infrastrukturen und die sich weiter verschärfenden räumlichen und sozialen Disparitäten legen eher ein Zeugnis über das Versagen raumplanerischen Handelns ab.

¹ Dieser Beitrag entstand unter anderem im Rahmen des durch das Austrian Climate Research Programme (ACRP13) geförderte Projekt TRANSREAL.



Eine wichtige Erkenntnis der Ökologischen Ökonomik ist, dass die Raumplanung ein inhärentes Wachstumsparadigma enthält, welches direkt, d. h. ohne Berücksichtigung des Bodenverbrauchs und der enormen Ressourcen, die für (fossile) Infrastrukturen notwendig sind, das Wirtschaftswachstum befördert. Zudem bemüht sie sich, allenfalls im Rahmen von „Green Growth“, um eine relative Entkoppelung der wirtschaftlichen Aktivitäten vom Umwelt- und Ressourcenverbrauch. Die notwendige absolute Entkoppelung – d. h. die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Wohlfahrt bei gleichzeitigem Rückgang des Ressourcenverbrauchs – ist in der Raumplanung in Österreich nicht ausreichend gelungen².

Der vorliegende Beitrag fasst bestehende Erkenntnisse zur Notwendigkeit von Postwachstums-Planungsansätzen zusammen. Dazu wird zunächst das Konzept des Postwachstums angeführt, die Problematik (wirtschaftlichen) Wachstums und Wachstumsparadigmen in der Raumplanung dargelegt und deren Ausprägung im österreichischen Kontext diskutiert. Schließlich werden auf Basis einschlägiger Literatur fünf Kernelemente für eine Postwachstumsplanung skizziert.

2. WARUM WACHSTUM PROBLEMATISCH IST UND GRÜNES WACHSTUM AUCH

2.1. Wirtschaftswachstum und Umweltkrisen

„Wachstum“ meint im ökonomischen Sinn den Anstieg einer bestimmten Größe, wie z. B. Einkommen oder Produktion in realen (physischen) Größen, ökonomisch bewertet und in Geldeinheiten ausgedrückt. Dabei wird das Wachstum, das auf Preisanstiege zurückzuführen ist, herausgerechnet. Das Wirtschaftswachstum wird als Anstieg des Volumens der auf Märkten produzierten Güter und Dienstleistungen innerhalb eines Jahres gemessen (reales Brutto-Inlandsprodukt; BIP). Einige nicht-marktliche Leistungen beispielsweise des öffentlichen Sektors werden hierbei im Regelfall in Höhe ihrer Marktentgelte und -löhne (Inputorientierung) bewertet.

Das Wachstum der Wirtschaft führt in den meisten Fällen zu einem Wachstum der Inanspruchnahme an natürlichen Ressourcen (z. B. Land, mineralische, metallische, fossile und biogene Ressourcen) bzw. der Deponierung von Schadstoffen (z. B. Treibhausgasen) in der Umwelt. Problematisch am Wachstum ist daher nicht der Anstieg des Einkommens (in Geldeinheiten) per se, sondern der damit verbundene höhere Verbrauch natürlicher Ressourcen. Das bedeutet, dass die Zunahme des volkswirtschaftlichen Einkommens gerade aus der nicht-nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen erzielt wird; somit ist ein steigendes volkswirtschaftliches Einkommen untrennbar mit einem steigenden Ressourcenverbrauch verbunden.

² Dabei wird zwischen absoluter und relativer Entkopplung unterschieden: Bei der relativen Entkopplung können Energie- und Ressourcenverbrauch weiter ansteigen, jedoch in geringerem Ausmaß als das Bruttoinlandsprodukt, d. h. die Umweltbelastung sinkt nur in Relation zum Wirtschaftswachstum, nicht in absoluten Zahlen. Absolute Entkopplung bedeutet, dass der Energie- und Ressourcenverbrauch insgesamt sinkt, während das Bruttoinlandsprodukt im Idealfall unabhängig des umweltbelastenden Ressourcenverbrauchs weiter wachsen kann.

Die Kritik am Konzept des Brutto-Inlandsprodukts als Wohlfahrtsindikator ist so alt wie das Konzept selbst. Schon in den 1930er Jahren, als die ersten Systeme volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen entwickelt wurden (z. B. Kuznets und Leontief; vgl. Vanoli, 2016), wurde darauf hingewiesen, dass die Bewertung von auf Märkten gehandelten Gütern und Dienstleistungen mit ihren Marktpreisen viele wirtschaftliche und gesellschaftliche Bereiche außer Acht lässt, die häufig eine noch größere Bedeutung für die Wohlfahrt haben (können). So wies der Ökonom John Hicks im Jahr 1946 darauf hin, dass – in moderner Terminologie – in der Flussgröße ‚Einkommen‘ (BIP) der Abbau natürlicher nicht erneuerbarer Ressourcen (als Bestandsgröße) positiv aufscheine und damit nicht nachhaltig sei. Damit hätten zukünftige Generationen nicht im gleichen Ausmaß die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Die Kritik am Wirtschaftswachstum wurde vor allem in den 1970er Jahren infolge des Berichts des Club of Rome, „Limits to Growth“, verstärkt (Meadows et al., 1972). Neben den schon damals sichtbaren kurz- und langfristigen Umweltschäden durch die wachsenden wirtschaftlichen Aktivitäten benannte die Kritik vor allem die ungleiche Verteilung des Einkommens und Vermögens sowie die vielen außermärklichen Wirkungen und Aktivitäten (z. B. unbezahlte Arbeit, Kriminalität, Drogensucht) als jene Bereiche, die außerhalb der marktlichen Produktion die Wohlfahrt bestimmen.

Eine kürzlich erschienene Untersuchung (Lamboll et al., 2023) zum verbleibenden Kohlenstoffbudget ergibt, dass der Menschheit insgesamt ein deutlich geringeres Kohlenstoffbudget als bislang angenommen zur Verfügung steht.³

Für die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens würde ein angenommener mittlerer Wert des verbleibenden Kohlenstoffbudgets in Höhe von 247 GtCO₂ bedeuten, dass dieses in sechs Jahren (beginnend ab Januar 2023; siehe Lamboll et al., 2023) aufgebraucht wäre. Steininger et al. (2022) ermittelten für Österreich ein verbleibendes Kohlenstoffbudget in Höhe von 240 Mio. Tonnen CO₂ ab 2022. Bei gleichbleibenden CO₂-Emissionen wäre das österreichische Kohlenstoffbudget ab etwa 2025 aufgebraucht.⁴ Werden die neueren Berechnungen von Lamboll et al. (2023) auf Österreich umgelegt, bedeutet dies, dass das österreichische Kohlenstoffbudget innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre erschöpft ist.

Die Europäische Union hat sich zur Klimaneutralität bis 2050 verpflichtet, die derzeitige Regierung Österreichs hat im Regierungsübereinkommen (Bundeskanzleramt, 2020) den Zeitpunkt für die Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 festgelegt; viele gesetzliche Rahmenbedingungen (Klimaschutzgesetz) stehen aber nach wie vor aus. Zudem entsprechen existierende Rahmenbedingungen oft nicht den tatsächlichen Notwendigkeiten (z. B. Erneuerbare-Wärme-Gesetz, EWG).

3 Für eine 50%ige Wahrscheinlichkeit des Nicht-Überschreitens der Erderwärmung um 1,5° gegenüber der globalen vorindustriellen Durchschnittstemperatur (GWL, Global Warming Level) stehen nicht 494 Giga-Tonnen an CO₂-Emissionen (GtCO₂), sondern nur noch 247 GtCO₂ zur Verfügung. Die statistische Bandbreite, die aufgrund verschiedener kumulierter Unsicherheiten sehr groß ist, liegt zwischen -170 und 840 GtCO₂, was bedeutet, dass in unter einigen pessimistischen Annahmen das verbleibende Kohlenstoffbudget für ein GWL von max. 1,5° bereits schon lange überschritten ist. Für ein GWL von max. 2° darf mit einer 50%igen Wahrscheinlichkeit eine Menge von max. 1.220 GtCO₂ emittiert werden (Lamboll et al., 2023).

4 Hierbei wurde angenommen, dass global noch 494 GtCO₂ zur Verfügung stehen.

Neben den Treibhausgasemissionen und der daraus folgenden Erderhitzung ist der Verlust der Vielfalt an Genen, Arten, Ökosystemen und Landschaften (Biodiversitätskrise) ebenfalls eine seit etwa dem Beginn der 1970er Jahre zunehmende globale Krise. Ähnlich wie die Klimapolitik fand der Schutz der Biodiversität durch eine internationale Konvention 1992 (Rio de Janeiro) eine weltweite Anerkennung und Verpflichtung (CBD, 2023). Eine herausragende Ursache der Biodiversitätskrise ist die Veränderung der Landnutzung, insbesondere die Vernichtung des Lebensraums von Arten und die Änderung der natürlichen Dynamik in Ökosystemen (APCC, 2024).

Im Zuge dieser multiplen Herausforderungen entwickelten die Vereinten Nationen die Sustainable Development Goals (SDGs), die bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen. Diese zeigen zum einen die verschiedenen Dimensionen, Unterziele und Indikatoren, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern (u.a. ökologische, ökonomische und soziale Kriterien). Zum anderen ist die integrierte Behandlung der verschiedenen Entwicklungsrichtungen auch der Versuch, Zielkonflikte aufzuzeigen und zu lösen bzw. abzumildern. Der letzte verfügbare Bericht zum Fortschritt der SDGs (UN, 2023) sieht allerdings kaum Fortschritte⁵, vor allem weil die Entwicklungspfade in den letzten drei Jahren nicht nur nicht weitergeführt, sondern häufig auch unterbrochen wurden.

Aus wissenschaftlicher Sicht lassen sich die verschiedenen Krisen empirisch insbesondere aus der Korrelation mit dem Wirtschaftswachstum erklären. In einer globalen Studie zeigen beispielsweise Steinberger et al. (2013), dass der Ressourcenverbrauch und die damit einhergehenden Umweltprobleme (Erderhitzung, Biodiversitätskrisen durch Landnutzungsveränderungen) stark mit dem Wirtschaftswachstum zusammenhängen. Für Österreich sind unter anderen folgende empirische Belege verfügbar:

- Österreichs Treibhausgasemissionen sind schon seit längerem mit dem Wirtschaftswachstum korreliert (Friedl & Getzner, 2003), auch wenn in den letzten Jahren eine gewisse Entkoppelung stattfand (siehe dazu weiter unten Vogel & Hickel, 2023).
- Auch wenn für die Flächeninanspruchnahme in Österreich eine Vielzahl an verschiedenen Einflussgrößen erkannt wird (Schirpke et al., 2023), ist das Wirtschaftswachstum jedenfalls ein zentraler Treiber der nicht nachhaltigen Landnutzung (Getzner & Kadi, 2020).
- Im Hinblick auf die Nutzung mineralischer, fossiler, metallischer und biogener Ressourcen wies Getzner (2009) schon früh das Wirtschaftswachstum als wesentlichen Treiber der negativen Entwicklung nach.

⁵ Zu den 17 Nachhaltigkeitszielen wird geschrieben: Die jüngsten globalen Daten und Bewertungen der verantwortlichen Organisationen zeichnen ein besorgniserregendes Bild: Von den etwa 140 evaluierbaren Zielvorgaben weicht die Hälfte mäßig oder stark vom gewünschten Kurs ab. Zudem sind bei mehr als 30 Prozent dieser Zielvorgaben keine Fortschritte oder, schlimmer noch, Rückschritte gegenüber dem Basisjahr 2015 zu erkennen. Diese Bewertung macht deutlich, dass die Anstrengungen dringend verstärkt werden müssen, um bei den Zielen auf Kurs zu bleiben und Fortschritte hin zu einer nachhaltigen Zukunft für alle zu erreichen. (UN, 2023, S. 8)

2.2. Grünes Wachstum ist nicht grün (genug)

Das Konzept des „grünen Wachstums“ verspricht eine wachsende Wirtschaftsleistung bei gleichzeitig abnehmendem Ressourcenverbrauch. Dies soll beispielsweise durch eine Entkopplung der Wirtschaftsleistung von Umweltverschmutzung, durch rückläufige Flächeninanspruchnahme sowie durch die Einsparung von Ressourcen erreicht werden. Durch innovative Technologien soll eine effizientere Ressourcennutzung erreicht werden. Durch die Verbesserung von Produktionstechnologien sinkt dadurch der Ressourcenverbrauch pro Output-Einheit. Im derzeitigen Wirtschaftssystem bedeutet dies jedoch, dass die Preise für diesen Output sinken können, was wiederum einen Anstieg der nachgefragten Menge mit sich bringen könnte. Dem technologischen Effizienzeffekt steht somit ein sogenannter Rebound-Effekt gegenüber (zuletzt z. B. Rajabi, 2022). Der Rebound-Effekt tritt auf, wenn Effizienzsteigerungen in der Nutzung von Ressourcen zu einer Zunahme des Ressourcenverbrauchs führen.

Die Notwendigkeit von Postwachstumsansätzen haben kürzlich Vogel und HICKEL (2023) aufgezeigt. Obwohl in 11 von 35 Industrieländern (inklusive Österreich) eine absolute Entkopplung der THG-Emissionen vom BIP zu beobachten waren, zeigen sie anhand der konsumbasierten CO₂-Emissionen sowie der BIP-Wachstumsraten, dass es nicht möglich ist, die Pariser Klimaziele durch derartiges „grünes Wachstum“ (green growth) zu erreichen. Die Autoren verstehen unter „grünem Wachstum“ jenes BIP-Wachstum, bei dem die CO₂-Emissionen absolut zurückgehen⁶.

Für Österreich halten die Autoren einen leichten Rückgang der CO₂-Emissionen im Zeitraum von 2013 bis 2019 fest, somit – da das Brutto-Inlandsprodukt in diesem Zeitraum gewachsen ist – hat eine absolute Entkopplung stattgefunden. Im Vergleich mit den Zielsetzungen des Pariser Klimaschutzabkommens ist diese Entkopplung allerdings viel zu gering; im Durchschnitt der 11 Länder, in denen eine Entkopplung festzustellen war, müsste die derzeitige Entwicklung etwa 220 Jahre andauern, bis die CO₂-Emissionen um 95% reduziert sein würden. Dabei würden die gemäß des Pariser Abkommens den Ländern zustehenden Kohlenstoffbudgets im Durchschnitt um das 27-fache überschritten werden.

Nach Vogel und HICKEL (2023, S. 767) ist das „grüne Wachstum“ keine geeignete wirtschafts- und klimapolitische Strategie, sondern es wären vielmehr Postwachstumsansätze, wie beispielsweise Suffizienz, selektives Schrumpfen und Wachsen (letzteres z. B. bei öffentlichen Investitionen) sowie die Bereitstellung der lebensnotwendigen Güter und Dienstleistungen als Aufgabe des Wirtschaftens dringend notwendig. Dies sei umso dringlicher, als die Systembegrenzungen der Ökosysteme der Erde nicht nur in Bezug auf den Klimawandel, sondern auch hinsichtlich verschiedener anderer Dimensionen (z. B. Biodiversität, Landnutzung) bei weitem überschritten sind, bzw. in Kürze überschritten werden (Rockström et al., 2023).

In Österreich konnten zwar die CO₂-Emissionen leicht verringert werden, doch im Bereich der Flächeninanspruchnahme wurden und werden die

⁶ Im Wesentlichen steht die BIP-Wachstumsrate der relativen Entkopplungsrate gegenüber. Ist die Entkopplungsrate (d. h. die Reduktion der CO₂-Emissionen pro BIP-Einheit) größer als die BIP-Wachstumsrate, dann sinken die gesamten CO₂-Emissionen.

Nachhaltigkeitsgrenzen dramatisch überschritten, was zu negativen Folgen für die verschiedenen Ökosystemfunktionen, insbesondere den Schutz der Biodiversität führt.

2.3. Degrowth und Post-Growth (von décroissance zu Postwachstum)

Auch wenn Degrowth und Post-Growth erst in den letzten 15 Jahren vermehrt in der Wissenschaft diskutiert werden, so finden sich der Ursprung der Begriffe und die Kritik an unendlichem (wirtschaftlichen) Wachstum bereits in den frühen 1970er Jahren. Die Debatte zu „décroissance“ (frz. Degrowth) entwickelte sich damals in der politischen Ökologie rund um den österreichisch-französischen Publizisten André Gorz sowie zeitgleich um den ökologischen Ökonomen Nicholas Georgescu-Roegen. Anfang der 2000er Jahre machte Serge Latouche darauf aufmerksam, dass „nachhaltiges Wachstum“ ein Oxymoron ist, da Wachstum und Nachhaltigkeit gegensätzlich zu betrachten sind, und leistete somit einen weiteren wichtigen Beitrag in der ökologischen Ökonomie. Die bisher in weiten Teilen französisch geprägten Diskussionen sind dann seit dem Jahr 2008 auch auf der internationalen Forschungsebene angekommen. Seither sind die Begriffe Degrowth und später auch Post-Growth zunehmend Teil einer wachstumskritischen Auseinandersetzung mit Wirtschaft, Planung, aber auch der Globalisierung geworden (D'Alisa et al., 2015).

Dabei wird im wissenschaftlichen Diskurs nicht nur die Hegemonie des Wirtschaftswachstums in Frage gestellt, sondern auch ein demokratisch geführter Umbau gefordert, mit dem Ziel, neue Wirtschafts- und Lebensformen zu etablieren (z. B. Hickel, 2021; Hickel et al., 2022; Kaika et al., 2023; Kallis, 2015). Es geht dabei darum, durch eine sozial-ökologische Transformation Strukturen zu schaffen, die das Wohlergehen aller Menschen unter Berücksichtigung ökologischer Grenzen ermöglichen. Um dies zu erreichen, haben Degrowth-Ansätze die Reduktion von Produktion und Konsum insbesondere im Globalen Norden bei gleichzeitigem Fokus auf globale und lokale soziale Gerechtigkeit zum Ziel (Krähmer, 2022).

Degrowth bedeutet eine Gesellschaft mit einem minimierten Stoffwechsel, der anders strukturiert ist und neuen Funktionen dient: Es geht hierbei verstärkt um ein Miteinander, um Teilen, um Einfachheit, Fürsorge und Commons (Kallis, 2015). Es werden Utopien, wissenschaftliche Erkenntnisse, konkrete politische Vorschläge und Projekte aus der Praxis zusammengebracht, die zeigen, wie ein gutes Leben für alle innerhalb ökologischer Grenzen aussehen könnte. Ergebnis einer Degrowth-Strategie ist eine wachstumsunabhängige Wirtschaft und Gesellschaft (Post-Growth). Oft werden die Begriffe jedoch synonym verwendet. Der vorliegende Artikel umfasst Literatur sowohl zu Degrowth als auch Post-Growth und verwendet für beides den deutschsprachigen Begriff des Postwachstums.

Die Diskussion um Postwachstum in der Planung fokussiert in erster Linie auf die Vermeidung von Emissionen und die Reduktion des (vor allem exzessivem) Ressourcenverbrauchs. Im Kontext der Raumplanung liegt der Schwerpunkt insbesondere auf der Reduktion des Flächenverbrauchs. Darüber hinaus geht es aber auch darum, klima-unfreundliche Aktivitäten zu beenden, das bedeutet auch Subventionen mit klimaschädlichen Auswirkungen

abzuschaffen. Dazu wird Exnovation⁷ anstatt Innovation gefordert, wie zum Beispiel durch Lisa Graaf et al. (2021) im Bereich der Mobilität. Dies beinhaltet, dass zum einen Infrastrukturen nicht nur um-, sondern teilweise auch zurückgebaut werden müssen; zudem müssten sich auch Planungsprozesse, planerische Vorgaben und Entscheidungsprozesse stark verändern (Plank et al., 2023). Diese Umorientierung inkludiert, zudem bestehende soziale und räumliche Ungleichheiten abzubauen und keinesfalls neue entstehen zu lassen. In diesem Zusammenhang muss die Frage der Ressourcennutzung mit der Frage nach Verteilungsgerechtigkeit vermehrt verschränkt werden (Durrant et al., 2023). Dazu gehört auch, den Fokus auf nicht kommerzielle Aktivitäten zu setzen und die Gemeinwohlorientierung wieder stärker in den Vordergrund planerischen Handelns zu stellen.

Trotz der vermehrten Auseinandersetzung und Verbindung von Postwachstum und Planung weisen Kaika et al. (2023) zu Recht darauf hin, dass die Postwachstumsforschung bisher noch keine konkreten und zufriedenstellenden Wege zur Operationalisierung und somit zur Umsetzung in räumliche Praktiken gefunden hat. Der vorliegende Beitrag kann zwar nicht sämtliche Aspekte einer Postwachstums-Raumplanung beschreiben, zielt inhaltlich aber darauf ab, einen konzisen und leicht zugänglichen Überblick über fünf Kernelemente einer postwachstumsorientierten Raumplanung zu bieten und erste Vorschläge zur Operationalisierung zu entwickeln.

3. STATUS QUO: DAS WACHSTUMSPARADIGMA IN DER RAUMPLANUNG

Als Wachstumsparadigma wird die grundsätzliche Annahme bezeichnet, dass ein Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Einkommens (des Brutto-Inlandsprodukts, BIP) zu einer besseren Wohlfahrt (Welfare) führt. Letzteres bedeutet, dass dadurch die Befriedigung materieller wie immaterieller menschlicher Bedürfnisse verbessert wird. Viele kulturelle und soziale Errungenschaften (Wohlfahrtsstaat) werden sogar als vom Wirtschaftswachstum abhängig angesehen. Wachstum ist in der öffentlichen Debatte positiv konnotiert, sowohl hinsichtlich der Lösung von Beschäftigungs- und Umwelt- als auch Verteilungskrisen. Häufig wird hierbei nicht konkret formuliert, was unter Wachstum verstanden wird, oder wie Wachstum zu einem höheren Wohlfahrtsniveau, d. h. zu einer besseren Befriedigung von Bedürfnissen, beitragen soll.

Ein Wachstumsparadigma ist in praktisch allen Bereichen der Wirtschaftspolitik, somit auch der Raumplanung, zu finden. Politiken innerhalb des Wachstumsparadigmas gehen davon aus, dass „sämtliche wirtschaftlichen, sozialen und politischen (und seit den 1970er Jahren auch ökologischen) Probleme vor allem mit Wirtschaftswachstum“ zu lösen seien. „Demzufolge zählt Wirtschaftswachstum zu den wichtigsten politischen Zielen, das in sämtlichen Policy-Bereichen vorrangig verfolgt werden sollte“ (Steurer, 2002, S. 65). Da-

⁷ Exnovation zielt darauf ab nicht nachhaltige Regime durch eine Neukonfiguration kritischer Systemelemente zu destabilisieren. Sie sollte demnach Kontrollmaßnahmen für das „alte Regime“ einführen (z. B. durch Verbote, Steuern), signifikante Änderungen der Regimeregeln verstärken (z. B., durch neue übergreifende Gesetze, geänderte politische Prioritäten), die Unterstützung für dominante Regimetechnologien verringern (z. B. durch Streichung von Subventionen und F&E-Finanzierung) und die Institutionalisierung von Veränderungen in sozialen Netzwerken und Austausch von Schlüsselakteuren ermöglichen (z. B. Schaffung neuer Gremien mit Nischenakteuren) (Kivimaa & Kern, 2016, nach Graaf et al., 2021).

bei vernachlässigt werden jedoch oft die Folgen der vorherrschenden Produktions- und Konsumweise. Neben der nicht nachhaltigen Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen liegen diese vor allem in der ungerechten Verteilung des Zugangs zu diesen Ressourcen (Einkommen, Vermögen), und zwar innerhalb als auch zwischen den Ländern. Hinzu kommen Dynamiken wie „land grabbing“, also die illegitime und oft ökonomisch motivierte Aneignung von Flächen durch wirtschaftliche Konzerne, Investor_innen oder staatliche Akteur_innen.

Aus Sicht der ökologischen Ökonomik steht die Frage nach der Ressourcenverfügbarkeit, -inanspruchnahme und -verteilung im Mittelpunkt der Analysen. Beispielsweise wird der Raumplanung (innerhalb ihrer administrativ begrenzten Möglichkeiten) hierbei eine zentrale Rolle zugeteilt: Ihre ursächliche Aufgabe ist die Zuteilung einer der wichtigsten Ressourcen (Boden, Flächen) zu Verwendungsmöglichkeiten (oder auch der Nicht-Nutzung). Diese bestehen in Wohn- und Gewerbegebieten, Infrastrukturen, Land- und Forstwirtschaft ebenso wie dem Abbau von Ressourcen (z. B. Bergbau) oder der energiewirtschaftlichen Nutzung. Raumplanung definiert damit Verfügungsrechte über diese Ressourcen, mobilisiert diese, schützt sie aber auch (Naturschutz). Raumplanung wird hier als System und Teil der räumlichen Wirtschaftspolitik betrachtet, somit ist beispielsweise auch die Energieplanung (z. B. Wasserkraftwerke, Windparks) Teil der Raumplanung im weiteren Sinn.

Historisch betrachtet hat sich die Raumplanung unter anderem daraus ergeben, dass mit Wachstum jeglicher Art (Bevölkerung, Industrialisierung) in irgendeiner Weise systematisch raumbezogen umgegangen werden musste. Wachstum sollte demnach ursprünglich einer bestimmten Ordnung folgen und nicht willkürlich geschehen (Stöglehner, 2023). Raumplanung ist also in ihrer ursprünglichen Existenz seit den 1950er Jahre bereits an die Logik des Wirtschaftswachstums geknüpft, und so ist es wenig verwunderlich, dass auch heute noch Wachstumsparadigmen fest in der Planung verankert sind (Barca, 2019; Roy, 2017). Wachstumskritik ist zwar auf konzeptioneller Ebene seit kurzer Zeit Teil der Raumplanung, das dominante Wachstumsparadigma der Raumplanung ist aber an das ständige Entwicklungspotenzial des Raumes gekoppelt. Oft lernen Planer_innen von Beginn ihrer Ausbildung an im Sinne von 'Entwicklungsmöglichkeiten' zu denken, die zumeist mit einer intensiveren Nutzung, oder einer Erschließung neuer Nutzungsmöglichkeiten von räumlichen Ressourcen verbunden sind.

Wie tief Wachstumsvorstellungen in der (Raum-)Planung vorhanden sind, kann man an unterschiedlichsten Beispielen festmachen: Gängige Indikatorensysteme und Leitbilder basieren auf Annahmen quantitativen Wachstums als etwas Positivem (z. B. von Arbeitsmärkten, Bevölkerung, Unternehmensumsätzen, Infrastrukturinvestitionen) (Lange et al., 2020). Konsequenterweise orientieren sich die Instrumente der Raumplanung an Zielen des wirtschaftlichen Wachstums, zwar auch an denen sozialer Gerechtigkeit, nicht aber an denen der Suffizienz (in Form von Wohn- und Gewerbegebieten oder dem Ausbau der Straßeninfrastruktur) (ARL, 2021). Das drückt sich auch darin aus, dass der Erfolg von Planungsprojekten vornehmlich anhand monetärer Markt-Werte anstatt sozialer und ökologischer Kriterien gemessen wird.

Auch wenn Planungsprojekte oft an Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet sind, sind diese oft als 'green economy' Teil einer 'pro-growth agenda' (Durrant

et al., 2023). De Castro Mazarro et al. (2023) zeigen mit ihrer Analyse von 252 Raumplanungsprojekten im Bereich nachhaltiger Städtebau und Architektur, dass etwa drei Viertel der untersuchten Interventionen entweder eine ambivalente Haltung gegenüber Postwachstum einnehmen oder die Thesen der Ökomoderne unterstützen, die auf grünes Wachstum durch Effizienzsteigerung und technologischen Fortschritt bauen (z. B. auch Green Deal der EU).

Wie oben beschrieben, reicht diese Strategie aber nicht aus, um die bestehenden Klimaziele zu erreichen. Zum Beispiel werden bei Interventionen auf der Gebäudeebene die Verwendung natürlicher Elemente wie Vegetation, Lehm oder Holz als Nachhaltigkeitsindikatoren betont, während die für deren Nutzung und Wartung eingesetzten kohlenstoffintensiven Technologien ignoriert werden. Ein Umstieg auf umweltfreundlichere Materialien löst Suffizienzfragen (z. B. Verringerung oder Vermeidung des Ressourcenverbrauchs) jedoch nicht. Andere Beispiele kombinieren auf Postwachstum ausgerichtete räumliche Strategien mit ressourcenintensiven Bautechniken oder mit einer wachstumsorientierten Stadtentwicklungspolitik. Somit werden beispielsweise Gentrifizierungsdynamiken unterstützt sowie übermäßiger Flächenverbrauch und die Kommodifizierung und Finanzialisierung von Wohnraum vorangetrieben (De Castro Mazarro et al., 2023; Lehtinen, 2018; Nelson & Schneider, 2018).

Unter der Überschrift „Ökologische Nachhaltigkeit in der Raumentwicklung“ wird im Österreichischen Raumplanungskonzept 2030 (ÖREK2030) u. a. auf die Erderhitzung und den Verlust der Biodiversität eingegangen sowie nicht nachhaltiges Wachstum thematisiert:

Die räumliche Dimension der ökologischen Nachhaltigkeit bedeutet daher vor allem einen klimaverträglichen, sparsamen und schonenden Umgang mit den räumlichen Ressourcen. Nicht nachhaltiges Wachstum zeigt sich zunächst in einer Verschärfung der Klimakrise, in einer Übernutzung und in letzter Konsequenz in einer Erschöpfung und Zerstörung räumlicher Ressourcen. Eine der wesentlichsten Aufgaben der Raumentwicklung und Raumordnung ist das frühzeitige Aufzeigen und Festlegen von Wachstumsgrenzen sowie das konkrete Begrenzen von Nutzungen. (ÖROK, 2021, S. 14)

Darüber hinaus ist jedoch keine Diskussion oder auch nur Erwähnung von Postwachstums-Konzepten und Strategien im ÖREK2030 enthalten. Im Gegenteil wird Wachstum i. S. des Wirtschaftswachstums eher positiv konnotiert. So wird Wachstum mit der Digitalisierung, der Globalisierung und der Wissensgesellschaft, der regionalen Entwicklung und der europäischen Instrumente dafür, insbesondere aber mit dem Tourismus verbunden. Auch ist von „Wachstumsräumen“ an einigen Stellen des ÖREK2030 die Rede. Im Grunde wird mit dem ÖREK2030 versucht, nicht vom Wachstumsparadigma der Raumplanung, das sich in einer nicht nachhaltigen Raumentwicklung in Österreich u. a. durch die andauernd hohe Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung zeigt, abzugehen oder dieses zu kritisieren. Wie in obigem Zitat deutlich wird, wird angestrebt, „nicht nachhaltiges Wachstum“ zu vermeiden. Wie die oben referierten Untersuchungen nahelegen, gibt es – zumindest bis dato – jedoch keinen empirischen Beleg für ein „nachhaltiges Wachstum“.

Selbst ein grünes Wachstum bedarf einer weiteren Ausbeutung natürlicher Ressourcen über das nachhaltige Bereitstellungsniveau hinaus.

An keiner Stelle des ÖREK2030 wird somit aus den Erwähnungen des Wachstums der Schluss gezogen, dass die bisherigen Politiken allesamt zu keiner nachhaltigen Entwicklung geführt haben. Suffizienz, Korridore des Konsums/der Produktion oder Wachstumsgrenzen, die ja sogar vom ÖREK selbst erwähnt werden, werden nicht behandelt. Die bisherigen Raumentwicklungsstrategien (z.B. Innenentwicklung) sollen im Sinne eines nachhaltigen oder grünen Wachstums weiter verfolgt werden, ohne kritisch zu hinterfragen, welche neuen Ansätze und Instrumente tatsächlich zu einer nachhaltigen Raumentwicklung beitragen könnten.

Ähnlich verhält sich eine durchaus gängige Definition einer leitbildübergreifenden nachhaltigen Raum- und Stadtplanung, die von 'Polyzentralität und kurze[n] Wegen' spricht (Stöglehner, 2023, S.142 ff.). Durch Funktionsmischung sollen Daseinsgrundfunktionen wie Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Erholung, Bildung in engem räumlichem Kontext organisiert werden. Dichte ist danach die Voraussetzung, um öffentliche Infrastruktur leistbar und Nahversorgung sowie öffentlichen Verkehr verfügbar zu halten. Unter „Innen- vor Außenentwicklung“ wird von einem „möglichsten Halten“ der bestehenden Siedlungsränder, sowie einer effizienten Baulandnutzung durch Nachverdichtung, z.B. durch die Bebauung von Baulücken oder durch Leerstandsaktivierung, gesprochen (ÖROK, 2021). Begründet wird die Notwendigkeit der Innenentwicklung lediglich durch Kostenersparnis für Gemeinden bspw. bei der Bereitstellung von technischer oder sozialer Infrastruktur, anstatt durch sozial-ökologische Zielsetzungen.

Die derzeitige Raum- und Flächenentwicklung als einer der größten Treiber der Klimakrise in Österreich (APCC, 2024) und gleichzeitiger Hauptbestandteil einer klassischen Raumplanung wird im ÖROK2030 nicht explizit genannt. Es wird weder auf den enormen Flächenverbrauch und die damit zusammenhängenden ökologischen Auswirkungen, noch auf die Wichtigkeit einer restriktiven Flächenwidmung eingegangen. Auch wird bei einer angemessenen Dichte nicht erwähnt, dass diese unmittelbar mit der Bereitstellung und Sicherung von Grün- und Freiflächen zusammenhängt. Gerade in dicht bebauten Gebieten muss besonders darauf geachtet werden, dass Freiflächen erhalten oder sogar ausgeweitet werden.

Die konkrete Einbindung von Stakeholder_innen insbesondere bei größeren urbanen oder infrastrukturellen Bauvorhaben ist häufig unzureichend, was zu weniger Einbindung und zur Depolitisierung führen kann. Partizipative Ansätze werden zwar strategisch-legitimierend befürwortet, die offene politische Aushandlung aber immer weniger unterstützt (ARL, 2021). Indizien dafür gibt es in Wien beispielsweise in der Diskussion um die Neugestaltung des Naschmarkts und jüngst erst bei der Entwicklung des Westbahnparks. Auf den ersten Blick scheint diese Entwicklung zwar nicht offensichtlich einem Wachstumsparadigma zugrunde zu liegen, bei genauerer Betrachtung wird aber deutlich, dass diese Projekte nicht nur dem Gemeinwohl dienen sollen, sondern auch durch konkrete ökonomische Interessen geprägt sind. Die Planung ist dahingehend in Verantwortung zu ziehen, als dass sie sich mit den impliziten oder vielleicht sogar expliziten Kapitalinteressen solcher Projekte wieder (oder sogar endlich) auseinandersetzen muss und angesichts dessen

die Stärkung der demokratischen Governance und Legitimität von Planungsentscheidungen diesen Partikularinteressen entgegengestellt werden sollte.

Zunehmende Flächeninanspruchnahme ist oft nicht ausschließlich auf eine wachsende Bevölkerung zurückzuführen, wie Getzner und Kadi (2020) für Österreich zeigen, sondern auch auf das wachsende Haushaltseinkommen, insbesondere den übermäßigen Wohnflächenverbrauch einkommensstarker Haushalte. Aktuelle Entwicklungen insbesondere in der Wohnraumproduktion deuten darauf hin, dass Bauprojekte oft kommerziellen und spekulativen Interessen dienen, anstatt sich an den tatsächlichen Wohnbedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren. Diese Form der Wohnraumproduktion führt zu steigenden Preisen von Boden, Wohnimmobilien und Mieten. Ein Mangel an leistbarem und adäquatem Wohnraum ist daher nicht unbedingt nur eine Frage der Ressourcenknappheit, sondern ist eng verknüpft mit Fragen der Verteilungs- und sozialen Gerechtigkeit (Krähmer, 2022; Müller, 2023).

Expansive Wohnungspolitik führt allein auch nicht zu den erwarteten Preisdämpfungseffekten: Gewinnerorientierte Geschäftsmodelle und u. a. dadurch ausgelöste Bodenpreissteigerungen erhöhen die Kosten des Wohnens und zudem auch die Flächeninanspruchnahme (Müller, 2023). Legitimiert wird dieses Verhalten zusätzlich von der Überzeugung, dass das Wachstum der Bevölkerung sowie der Anzahl an Haushalten automatisch auch Neubau bedingen müsse, anstatt den vorhandenen ungleich verteilten und häufig leerstehenden Bestand effizienter zu nutzen.

Die Wachstumskritik ist häufig auch mit einer Kritik am herrschenden Wirtschafts- und Planungssystem verbunden. So würden durch neoliberale Planungsansätze die Abkehr von gemeinwohl- zu profitorientierter Bereitstellung vormals öffentlicher Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und somit auch die Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen sichtbar werden (ARL, 2021). In einigen Ländern haben diese Tendenzen z. B. im Bereich sozialer Infrastrukturen zu extraktiven Investitionsmodellen zugunsten weniger großer institutioneller Investor_innen – auf Kosten der Versorgungssicherheit und -qualität sowie des sozialen Ausgleichs geführt (Plank & Volmary, 2023).

4. KERNELEMENTE EINER POSTWACHSTUMSPANUNG

Die Raumplanung kann zu den zentralen Zielen der Postwachstumsansätze wie Klima- und Umweltgerechtigkeit sowie zu lokaler und globaler Verteilungsgerechtigkeit beitragen (Xue, 2022). Dies kann insbesondere durch die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energiequellen und durch nachhaltige Siedlungsstrukturen gelingen, und indem soziales Kapital durch die Förderung community-orientierter Einrichtungen geschaffen wird (Wächter, 2013). Durand et al. (2024, S. 2) definieren Postwachstums-Planung als „eine Reihe von Institutionen, die Entscheidungsprozesse auf der Grundlage biophysikalischer und sozialer Indikatoren und durch bewusst gesetzte soziale und ökologische Ziele unterstützen“.

Im Folgenden skizzieren wir fünf Kernelemente einer postwachstumsorientierten Raumplanung, die wir aus einschlägiger und übergreifender Literatur im Bereich Postwachstum und Raumplanung ableiten (z. B. ARL, 2021; De Castro Mazarro et al., 2023; Durrant et al., 2023; Kaika et al., 2023; Krähmer

2022: Ruiz-Alejos & Prats, 2022; Savini et al., 2022; Xue 2015, 2022). Die fünf Kernelemente stellen einen generellen Zugang dar und behandeln keine Teilthemen wie Wohnen oder Mobilität systematisch und erschöpfend⁸. Zur Definition der Kernelemente wurden die Hauptideen der einschlägigen Literatur im Bereich Postwachstum und Raumplanung zusammengefasst, gruppiert und teilweise durch die Autor_innen dieses Beitrags im Sinne der Ausformulierung der Kernelemente für eine Postwachstums-Raumplanung erweitert.

Während die ersten drei Elemente aus Inhalten der Literatur zu Postwachstum und Raumplanung zusammengesetzt sind, sind die anderen beiden als Erweiterung der Postwachstums-Raumplanungsliteratur zu verstehen und basieren auf Literatur zu Postwachstum, Grundversorgung und radikalen Planungsansätzen. Die Elemente ergänzen und bedingen sich gegenseitig und können nur in ihrer Gesamtheit eine postwachstumsorientierte Transformation der Raumplanung anstoßen. Sie können teilweise auch unabhängig voneinander umgesetzt werden und stehen im Einzelnen nicht zwingend im Widerspruch zu einem wachstumsorientierten Planungssystem. Da die Raumplanung in ökonomische, sozial-kulturelle und politische Strukturen eingebettet ist, die dieser Beitrag, wenn überhaupt nur ansatzweise adressiert, können die fünf Kernelemente nur als (unvollständige) Annäherung an eine postwachstumsorientierte Raumplanung verstanden werden.

Aufgrund des Umfangs dieses Beitrags bleibt eine detaillierte Analyse der sich zu verändernden Rahmenbedingungen für eine postwachstumsorientierte Raumplanung insbesondere im österreichischen Kontext aus und ist Ziel künftiger Vorhaben. Zudem analysiert der "APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben" (Görg et al., 2023) detailliert die Gestaltungsoptionen für ein klimafreundliches Leben in Österreich, unter anderem im Bereich Raumplanung (siehe auch APCC, 2024, zu Landnutzung, Landmanagement und Klimawandel). Der Bericht fokussiert zwar nicht auf Postwachstumsstrategien, liefert aber eine hilfreiche Grundlage für eine erweiterte Analyse durch eine Postwachstumsperspektive.

4.1. Sozial-ökologische Zielsetzungen für die Raumplanung

Die Herausforderungen einer an Postwachstum orientierten Raumplanung erfordern eine grundlegende Neuausrichtung der Zielsetzungen und Visionen. Dazu müssen die ökonomischen, sozialen und ökologischen Ziele zu einer grundlegenden Veränderung der Planungspraxis führen (Ruiz-Alejos & Prats, 2022). Eine solche Planung geht über instrumentelle Maßnahmen hinaus und erfordert eine grundsätzliche Neuausrichtung (Durrant et al., 2023; Krähmer, 2022). Die übergeordneten Zielsetzungen im Sinne des Postwachstums und einer sozial-ökologischen Transformation bilden dabei die Grundlage für alle weiteren Planungs-Prinzipien und Maßnahmen.

Durrant et al. (2023) formulieren zwei notwendige Bedingungen für eine an Postwachstum orientierte Raumplanung: 1) die effiziente Nutzung

⁸ In ähnlichem Sinne wurden im Rahmen des ACRP Projekts „TRANSREAL“ fünf Merkmale für transformative Klimamaßnahmen erarbeitet: 1) Klimafreundliche Rahmenbedingungen schaffen, 2) Auf verschiedenen Ebenen gut und vernetzt handeln, 3) Klimapolitische Ziele erweitern, 4) Emissionen und negative Klimafolgen erweitern und 5) Grundversorgung sichern – Überkonsum und Überproduktion einschränken (Novy et al., 2023).

von Ressourcen bei gleichzeitiger Verlangsamung von Wachstumsraten, um Rebound-Effekte zu vermeiden sowie 2) die Verschränkung der Ressourcennutzung mit der Ausrichtung an mehr Verteilungsgerechtigkeit. Letzteres kann beispielsweise durch das Setzen von Korridoren, also Ober- und Untergrenzen für die Nutzung von Ressourcen sichergestellt werden. Neben ökologischen Grenzen und Aspekten sozialer Gerechtigkeit vor Ort ist es wichtig, 3) die globalen Wirkungen lokaler Maßnahmen für eine Postwachstums-Agenda zu berücksichtigen; dazu gehört insbesondere die Auswirkung von im Globalen Norden gesetzten Maßnahmen auf den Globalen Süden (Kaika et al., 2023).

Für die Planungspraxis würde die Umsetzung postwachstumsorientierter Zielsetzungen eine stärkere Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei Ausschreibungen bedeuten, sowie mittelfristig eine Anpassung des Planungsrechts an diese Ziele (ARL, 2021), welche durch zusätzliche Maßnahmen flankiert werden. Die Neuausrichtung von Planungszielen bedeutet in diesem Sinne, dass neue Methoden für deren Erfolgsmessung und Bewertung entwickelt werden müssten. Dafür bedarf es einer umfassenden festgeschriebenen Integration alternativer Bewertungsmethoden und Indikatorensysteme, wie beispielsweise einer Gemeinwohlbilanzierung in Planungsprozessen auf verschiedenen Ebenen (siehe Prinzip 3) (ARL, 2021; Durrant et al., 2023).

4.2. Flächensuffizienz und gerechte Bodenverteilung

Da die Verbauung bisher unversiegelter Flächen mit dem irreversiblen Verlust biologisch produktiven Bodens und sämtlicher Ökosystemleistungen verbunden ist, haben viele der in der Postwachstums-Planungsliteratur vorgeschlagenen Maßnahmen das Ziel, die Inanspruchnahme der Flächen zu reduzieren.

Gesetze, die den sozialen Wert von Land und Immobilien über den ökonomischen Wert stellen, können unter geeigneten Rahmenbedingungen zur sozialen und räumlichen Verteilung von Ressourcen und Wohlstand beitragen (Savini et al., 2022). Rechtlich gesetzte (flächenbezogene) Grenzen für die ökologischen Auswirkungen menschlicher Aktivitäten und Regulierungen für die Regeneration von Ökosystemen können zudem die ökologisch nachhaltige Nutzung von Flächen garantieren (Savini et al., 2022).

Bodenpolitische Planungsinstrumente sollten sicherstellen, dass Flächen nach sozialen und ökologischen Kriterien vergeben und bebaut werden sowie dem Narrativ entgegenwirken, dass der Bau neuer Wohnungen notwendigerweise zur Lösung von Leistbarkeits- und Verteilungsproblemen beiträgt (Savini et al., 2022). Dieser Logik nach werden nämlich zu hohe Preise auf ein knappes Angebot zurückgeführt, das theoretisch durch das Ausweisen neuen Baulandes und den Bau neuer Wohnungen gelöst werden könne. Dieser Erzählung widersprechen jedoch Entwicklungen wie z. B. in Wien, wo über einige Jahre hinweg mehr gebaut wurde als rein quantitativ Bedarf bestand. Trotz eines Überangebots an neuen Wohnungen stiegen die Preise – was unter anderem auf die zunehmende Dominanz von Privatunternehmen auf dem Wohnbaulandmarkt zurückzuführen ist (Müller, 2023). Durch entsprechende Instrumente müssten Bodenressourcen in öffentlicher Hand gezielt und ausschließlich an gemeinwohlorientierte Projekte anstatt an profitorientierte Akteur_innen vergeben werden (Krähmer, 2022; Savini et al., 2022).

Problematisch ist, dass der Wohnbau noch immer häufig „auf der grünen Wiese“ stattfindet und nicht innerhalb des Bestandes von Gebäuden resp. innerhalb gut erschlossener Gebiete („brownfield development“). Deshalb muss eine post-wachstumsorientierte Raumplanung die Nutzung leerstehender Gebäude- und Flächenressourcen fördern. Eine wichtige Maßnahme, den Bestand zu nutzen ist, ist somit, die Leerstände in einem Kataster zu erfassen und zu aktivieren; das gilt insbesondere für den spekulativen Leerstand.

Neben der Aktivierung des Leerstands ist die Nachrüstung („retrofitting“) von Gebäuden zentral für eine zukunftsfähige Bestandsnutzung. Renovierungen und Sanierungsmaßnahmen, Nachverdichtungsmaßnahmen und Umnutzungen können kollektive Nutzungsformen fördern und gleichzeitig den Energieverbrauch reduzieren (De Castro Mazarro et al., 2023). Die durch die Aufwertung von Gebäuden potenziell entstehenden Preisanstiege können durch entsprechende sozialpolitische Begleitmaßnahmen wie eine Mietenregulierung oder Besteuerungen von Bodenwertsteigerungen vermieden werden (Krähmer, 2022).

Für die Nachrüstung von Gebäuden können neue ressourcenarme Baumaterialien und der Einsatz von „low-tech“ und lebensfreundlichen („konvivialen“) Technologien (vgl. Kerschner et al., 2018) dabei helfen, den Materialdurchsatz („material throughput“) beim Bau zu minimieren (De Castro Mazarro et al., 2023). Damit verbunden sind auch das Upcycling und die Wiederverwendung von Materialien; diese Praktiken bedürfen jedoch oft selbst Ressourcenextraktion und kohlenstoffintensiver Technologien (De Castro Mazarro et al., 2023) und können aufgrund der EU-Bauprodukteverordnung schwierig umzusetzen sein.

Darüber hinaus können Maßnahmen zur Begrenzung der Pro-Kopf-Wohnfläche zur Vermeidung übermäßigen Wohnflächenverbrauchs beitragen (Krähmer, 2022). Durch die Einführung sogenannter „Konsum-Korridore“ könnten zu definierende Konsum-Obergrenzen z. B. mit einer progressiven Konsumsteuer versehen werden – zusätzlich zu den in manchen Bereichen bestehenden Mindeststandards (siehe Prinzip 4). (Die wissenschaftliche Ausarbeitung und Diskussion derartiger Ansätze sowie Vorstellungen über die praktisch-instrumentelle Umsetzung beispielsweise innerhalb des bestehenden eigentumsrechtlichen Rahmens sind noch nicht sehr weit gediehen.)

Eine flächensparende Raumplanungspraxis beinhaltet auch fiskalpolitische Instrumente in Form von Förderungen für Ziele jenseits von Neubau und Entwicklungsprojekten (ARL, 2021). Zum Beispiel kann die Förderung geteilter Wohnformen durch steuerliche Vergünstigungen oder Subventionen dazu beitragen, bereits existierenden Wohnraum effizienter zu nutzen. Gemeinsam genutzte Einrichtungen wie Küchen, Werkstätten, Waschküchen, Gästezimmer oder Hobbyräume sind dabei nicht nur platz- und kostensparend, sondern sind im besten Falle auch gemeinschaftsfördernd und ermöglichen den Zugang zu zusätzlicher und luxuriöserer Ausstattung (z. B. gemeinschaftlich genutzter Fitnessraum, Pool auf dem Dach).

Mit dem gezielten Bau von bedarfsorientierten, kleinräumigen, dezentralen und multifunktionalen Siedlungen kann eine Zersiedelung stark reduziert werden (Krähmer, 2022). Durch kompakte multifunktionale Quartiere können Flächen sowie Wege eingespart werden, z. B. indem Wohn- und Arbeitsort nicht weit voneinander entfernt sind, oder Einkaufsmöglichkeiten ohne Auto erreichbar sind. Ein existierendes Modell zur Umsetzung dieses Ansatzes ist

zum Beispiel die „Stadt der kurzen Wege“, bzw. „15-Minuten-Stadt“, in der alltägliche Wege vorrangig zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden können. Dies erfordert nicht nur Maßnahmen zur Wohnraumverdichtung, sondern vor allem auch im Mobilitätsbereich. Mittelfristig kann das auch den Rückbau klimaschädlicher Infrastrukturen ermöglichen, wie beispielsweise überbreite Straßen (Plank et al. (2023) für eine Annäherung an die Redimensionierung von Straßen in Österreich).

Auch die Revitalisierung ungenutzter oder zu wenig genutzter entwickelter Siedlungsflächen, inklusive deren Entsiegelung und Renaturierung (Nelson & Schneider, 2018), können zu einer flächenschonenden Raumplanungspraxis beitragen. Diese Strategien sollten jedoch nicht als profit-generierende Aufwertungspraktiken eingesetzt werden, die Phänomene wie 'grüne Gentrifizierung' (Anguelovski et al., 2019) hervorrufen.

4.3. Planung auf verschiedenen Ebenen und Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur_innen

Um eine ganzheitliche und effektive Umsetzung von Postwachstumsprinzipien in der Raumplanung zu ermöglichen, weisen diverse Autor_innen auf die Notwendigkeit hin, verschiedene Ebenen und Akteur_innen zu integrieren (ARL, 2021; Brokow-Loga, 2021; Kaika et al., 2023; Krähmer, 2022; Ruiz-Alejos & Prats, 2022). Dies würde die Interaktion von staatlichen und gesellschaftlichen Akteur_innen auf internationaler, transnationaler, europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene bedeuten, sowohl in vertikaler als auch in horizontaler Richtung (Ehnert et al., 2018).

Literatur zu Nachhaltigkeitstransitionen („sustainability transitions“) spricht dazu oft von einer Mehr-Ebenen-Perspektive (multi-level perspective)⁹ und dem Konzept der Multi-Level Governance. Der Analyserahmen der Multi-Level-Governance dient dazu, zu untersuchen, wie sich Veränderungsprozesse durch die Handlungsmacht lokaler Initiativen entwickeln und wie wiederum umfassendere Multi-Level-Governance-Strukturen die Handlungsfähigkeit lokaler Akteur_innen beeinflussen. Indem sie Macht über mehrere Ebenen verteilen, können bestehende Governance-Systeme Transitionen fördern (aber auch hindern) (Ehnert et al., 2018).

Während lokale Nischenprojekte Ausgangspunkt für eine größere Transformation sein können, birgt ein alleiniger Fokus auf lokale Initiativen die Gefahr des „local trap“ (Krähmer, 2022). „Local trap“ bezieht sich auf die Tendenz zur Annahme, die lokale, insbesondere urbane lokale Ebene sei als

9 Nach der Mehr-Ebenen-Perspektive finden gesellschaftliche Veränderungsprozesse auf drei Ebenen statt: auf der Nischenebene (Mikroebene), auf der radikale Innovationen entstehen (können), der Regimeebene (Mesoebene), die sich auf den vorherrschenden und oft vor Veränderungen widerstandsfähigen Status quo bezieht, und der Landschaftsebenen (Makroebene), auf der Trends und Entwicklungen wie die Globalisierung angesiedelt sind (Frantzeskaki et al., 2018). Die Mehr-Ebenen-Perspektive versteht die Interaktion dieser Ebenen in Transitionsprozessen so, dass Innovationen auf Nischenebene eine interne Dynamik entwickeln, Veränderungen auf der Landschaftsebene Druck auf das Regime aufbauen und eine Destabilisierung des Regimes dann Möglichkeitsfenster für das „Aufblühen“ von Nischeninnovationen öffnet (Geels, 2014). Dabei wehren sich Regimeakteur_innen oft gegen grundlegende Veränderungen auf der Makroebene wie Nachhaltigkeitstransitionen. Dies ist zu einem großen Teil auf Allianzen von Politiker_innen und etablierten Unternehmen auf der Regimeebene zurückzuführen, die auf die Aufrechterhaltung des Status quo abzielen und schließlich gegenseitige Abhängigkeiten zwischen dem Staat und dem Marktssystem begünstigen (Geels, 2014). Da die etwas hierarchische Unterscheidung von Nische, Regime und Landschaft der Mehr-Ebenen-Perspektive Instrumenten zur Stärkung der Handlungsmacht (agency) von Nischenakteur_innen wenig Beachtung schenkt, schlagen Ehnert et al., (2018) den Rahmen der Multi-Level-Governance vor.

handelnde Akteurin gegenüber anderen vorzuziehen (Purcell, 2006). Um Projekte auf lokaler Ebene zu unterstützen und gegebenenfalls auszuweiten, ist es erforderlich, unterstützende strukturelle Rahmenbedingungen auf regionaler und nationaler Ebene zu schaffen (Durrant et al., 2023).

Gleichzeitig besteht im Bestreben nach einer Ausweitung („Upscaling“) kleinerer Nischenprojekte die Gefahr der „Kooptation“, also der Aneignung, Entradikalisierung und Verwässerung von Zielsetzungen kleiner Projekte und sozialer Bewegungen, um sie in die etablierte politische Ordnung einzubinden (Burchell & Cook, 2013). Für Skalierungsvorhaben ohne Kooptation bedarf es Allianzen von Akteur_innen auf verschiedenen Ebenen. Dies erfordert insbesondere die Einbindung lokaler „bottom-up“-Akteur_innen in Planungsprozesse (Kaika et al., 2023; Ruiz-Alejos & Prats, 2022). Das bedeutet idealerweise, zivilgesellschaftliche Akteur_innen proaktiv zu begleiten und somit eine frühzeitige Einbindung in strategische Überlegungen auf übergeordneter Ebene zu ermöglichen, sowie die Vermittlung und Förderung des Austauschs zwischen Behörden, Politik, Zivilgesellschaft, Unternehmen, Kunst und Wissenschaft (ARL, 2021). Wann, wo und unter welchen Bedingungen diese Allianzen entstehen können ist dabei kontextabhängig und bedarf zusätzlicher Analyse.

Als Antwort auf die Frage nach dem effektivsten Weg, der vielversprechendsten Ebene, den wirkmächtigsten Akteur_innen – kurz, der besten Strategie, um Veränderung zu erzielen, plädiert Anton Brokow-Loga (2021) mit Verweis auf Erik Olin Wright's (2015) Transformationsstrategien für einen strategischen Pluralismus, also ein Zusammenspiel verschiedener Strategien. Wright (2015) unterscheidet dabei zwischen Nischeninitiativen, die alternative Formen des Zusammenlebens umsetzen (interstitielle Strategien), symbiotische Strategien, die auf Reformen bestehender Institutionen setzen, um gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten für systemische Veränderung auszuweiten und rupturale Strategien, die auf konfrontative Brüche mit gesellschaftlichen Strukturen und bestehenden Institutionen setzen.

Für die im Postwachstumsdiskurs betonte Notwendigkeit einer größeren gesamtgesellschaftlichen Transformation über einzelne Planungsinstitutionen hinaus existiert dabei kein ‚Masterplan‘, jedoch kann die „Spannung zwischen radikalen Ambitionen und kleinskaligen Vorschlägen“ durch strategischen Pluralismus abgebaut werden (Brokow-Loga, 2021; Krähler, 2022, S. 333). Der Raumplanung kann dieser Ansatz dabei helfen, einerseits ganzheitliche und radikale zu entwickeln und andererseits aber auch konkrete und pragmatische Schritte zu planen und zu tun (siehe auch Novy et al., 2023).

4.4. Gemeinwohlorientierte Bereitstellungsformen

Die gemeinwohlorientierte Bereitstellung (provisioning) einer breiten, öffentlichen, für alle zugänglichen Grundversorgung (Universal Basic Services, UBS) wird als zentrales Element für eine existenzsichernde Postwachstumsökonomie gesehen (zuletzt Vogel & Hickel, 2023). Eine derartige Grundversorgung soll es ermöglichen, die Grundbedürfnisse auch dann abzudecken, wenn der Output der Wirtschaft, und damit das Brutto-Inlandsprodukt, sinkt.

Oft ist primäres Ziel privatwirtschaftlicher Produktion die Erzeugung von Gewinnen anstatt der Befriedigung von Bedürfnissen (Bärnthaler & Gough, 2023). Beim Übergang von gewinnorientierter Produktion hin zu ge-

meinwohlorientierten Versorgungsinfrastrukturen geht es vor allem um – auch raumplanungsrelevanten – „essential services“ wie Wohnen, Wasser, Energie oder Internetanschluss (Bärnthaler & Gough, 2023). Im Bereich des Wohnens gibt es beispielsweise eine Überproduktion von Wohnungen und trotzdem nicht ausreichend leistbaren und adäquaten Wohnraum. Entgegen der Logik, dass marktorientierte Versorgung Probleme von Leistbarkeit und Zugang lösen würden, gefährdet die gewinnorientierte Produktion die Sicherstellung von Untergrenzen (minimale Pro-Kopf-Wohnfläche) und trägt zur Überschreitung von Obergrenzen sowie übermäßigem Ressourcenverbrauch bei (Bärnthaler & Gough, 2023; Durrant et al., 2023; Xue, 2015). Bärnthaler und Gough (2023) beziehen sich auf Coote (2015), wenn sie davon ausgehen, dass gemeinwohlorientierte Bereitstellungsformen eine für alle zugängliche Grundversorgung sichern könnten. Gemeinwohlorientierte Bereitstellung bedeutet nicht, dass die jeweiligen Akteur_innen immer aus öffentlichen Einrichtungen stammen müssen. Vielmehr geht es darum, den Handlungsspielraum profitorientierter Akteur_innen in Bereichen der Grundversorgungsinfrastruktur einzugrenzen (Plank & Volmary, 2023). Welche Akteur_innen und welche Formen für die Bereitstellung geeignet sind, ist sektorspezifisch und kann auf verschiedene Weisen umgesetzt werden – wichtig ist dabei, dass die Form der Bereitstellung gemeinwohlorientiert ist und mittels demokratischer Prozesse bestimmt wird (siehe Prinzip 5). Konkret kann das bedeuten, nicht gewinnorientierte Akteur_innen wie z. B. Genossenschaften in der Raumentwicklung zu priorisieren oder Public-Civic-Partnerships (anstatt von Public-Private Partnerships) und anderer ko-produktiver Versorgungslogiken zu etablieren (ARL, 2021; Bärnthaler & Gough, 2023).

Eine Weiterführung des Diskurses um gemeinwohlorientierte Bereitstellungsformen geschieht derzeit im Rahmen der Debatte um Vergesellschaftung und Demokratisierung (Banhierl et al., 2023). Im Kontext sozial-ökologischer Transformationen werden dazu Ideen für die Umsetzung einer für alle zugänglichen und ökologisch nachhaltigen Grundversorgung in verschiedenen Handlungsfeldern diskutiert (siehe z. B. Pfaff, 2024a). Der Diskurs basiert auf zwei Annahmen: Einerseits, dass vorherrschende Macht- und Eigentumsverhältnisse ursächlich für viele ökologische und ökonomische sowie gesamtgesellschaftliche Missstände sind. Andererseits wird im Schaffen neuer Eigentumsverhältnisse großes Potenzial gesehen, um Lösungen gegen ökologische Zerstörung und sozioökonomische Ungleichheitsverhältnisse zu finden. Das würde einerseits eine Entmachtung von Großkonzernen bedeuten und andererseits gesellschaftliche Selbstermächtigung (Pfaff, 2024b).

4.5. Emanzipative Entscheidungsprozesse

Für strukturelle Veränderungen im Sinne von Postwachstum und einer sozial-ökologischen Transformation braucht es eine Entscheidungskultur, die offene politische Aushandlung unterstützt (ARL, 2021; Asara et al., 2013; Bohman & Muraca, 2016; Degen et al., 2024). Nicht zuletzt, weil eine solche Transformation ein gesamtgesellschaftliches Umdenken und breite Unterstützung erfordert und deshalb nicht lediglich ‚implementiert‘ werden kann, sondern eine kollektive Gestaltung erfordert.

Im Kontext der Raumplanung verweist Albrechts (2015) dazu auf das Konzept der ‚Koproduktion‘ anstelle von herkömmlichen partizipativen

Prozessen. Koproduktion zielt auf eine substanzielle politische Auseinandersetzung in der Zivilgesellschaft ab und darauf, zivilgesellschaftliche Akteur_innen gegen dominante Machtstrukturen zu mobilisieren. Partizipative Prozesse, die in Top-Down-Prozesse und neoliberale Governance eingebettet sind, können hingegen sogar zu einer Entpolitisierung lokaler Kämpfe führen. Koproduktion ist dabei eng mit Emanzipation verbunden: Sie legitimiert neu entstehende soziale und politische Institutionen, Praktiken, Denkweisen, Formen der Gesetzgebung und Normen (Albrechts, 2015).

Das Ziel emanzipativer Entscheidungsprozesse ist (in der Theorie) nicht die Beseitigung von Konflikten und die Schaffung eines (falschen) Konsenses, sondern vielmehr das Etablieren von Räumen und die Bereitstellung von Institutionen, in denen Konflikte offen ausgetragen werden können (Albrechts, 2015). In diesem Sinne plädiert Chantal Mouffe (1999) für einen agonistischen Pluralismus – also dafür, Unterschiede anzuerkennen, anstatt zu versuchen, Identitäten zu universalisieren. Die Planung kann dazu beitragen, Konflikte zu legitimieren und die Pluralität an Meinungen und Interessen, die in demokratischen Gesellschaften vorhanden sind, zu berücksichtigen.

Emanzipative Entscheidungsprozesse zu schaffen, bedeutet für die Planung auch, Governance-Ansätze zu etablieren, die auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie soziale Fürsorge, Gesundheit und menschliches Wohlbefinden abzielen. Dies erfordert inklusive und gerechte Institutionen, die Autonomie und Demokratie in Gemeinschaften fördern und Kollektiveigentum von Ressourcen und Dienstleistungen ermöglichen (Savini et al., 2022).

Dabei sind die Öffnung und Flexibilisierung von Verwaltungsvorgängen und Entscheidungsprozessen entscheidende Elemente, um alternative und nichtkonforme Ideen in planerische Überlegungen einzubeziehen und den Zugang zu Fördermitteln durch öffentliche Stellen zu erleichtern (ARL, 2021). Die Einbeziehung aufständischer oder rebellischer Fachleute ('insurgent professionals') kann neue Perspektiven eröffnen, emanzipative Entscheidungsprozesse fördern und helfen, Postwachstumsprinzipien in alltägliche sozial-räumliche und kulturelle Praktiken zu integrieren (Kaika et al., 2023).

Zwar sind emanzipative Entscheidungsprozesse notwendig für eine sozial-ökologische Transformation, aber eine Sicherheit, dass diese Prozesse auch zu einer sozial-ökologischen Transformation und damit einer an Postwachstum ausgerichteten Raumplanung führt, ist hiermit noch nicht gegeben.

5. FAZIT

Im Kontext einer Kritik an Wachstum und „grünem Wachstum“ aus ökonomischer Perspektive und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation hin zu einer Postwachstumsökonomie, skizziert das vorliegende Kapitel basierend auf einschlägiger Literatur im Bereich Postwachstum und Raumplanung fünf Kernelemente einer an Postwachstum orientierten Raumplanung: Erstens soll die Raumplanung nach sozial-ökologischen Zielen ausgerichtet sein. Zweitens ist ein zentrales sozial-ökologisches Ziel für die Raumplanung ein suffizienz-orientierter Umgang mit Flächen unter Berücksichtigung von Aspekten der Verteilungsgerechtigkeit. Drittens ist weder ein alleiniger Fokus auf kleinskalige Nischenprojekte, noch auf abstrakte makroökonomische Vorschläge ausreichend, sondern es braucht eine Pla-

nung auf verschiedenen Ebenen unter planerischer Einbindung insbesondere zivilgesellschaftlicher Akteur_innen. Viertens, können gemeinwohlorientierte Bereitstellungsformen insbesondere in Handlungsbereichen der Raumplanung sowohl eine für alle zugängliche Grundversorgung als auch einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen ermöglichen und so soziale Mindeststandards unter Berücksichtigung ökologischer Grenzen sicherstellen. Fünftens, sind emanzipative Entscheidungsprozesse essentiell, um offene Aushandlungsprozesse zu fördern und so eine kollektive Gestaltung einer sozial-ökologischen Transformation zu ermöglichen.

Trotz konzeptioneller Auseinandersetzung mit Wachstumsgrenzen und Ressourcenschonung dominieren in Österreich nach wie vor wachstumsorientierte Tendenzen in der Planungspraxis. Dies lässt sich insbesondere an einem steigenden Flächenverbrauch oder rein monetären Indikatorensystemen festmachen. Das liegt vor allem daran, dass die Entscheidungsmacht in vielen planerischen Prozessen politischer und nicht planungsfachlicher Natur ist.

Die Herausforderungen, die sich aus einer wachstumsorientierten Planungspraxis ergeben, stellen Planer_innen vor die Aufgabe, trotz oft begrenzter Umsetzungsmöglichkeiten alternative Wege sowie Widersprüche und Zielkonflikte (z. B. zwischen Klimawandel-Mitigation und Wirtschaftswachstum) aufzuzeigen. Zudem sollten Planer_innen die planungsrechtlichen Spielräume bestmöglich nutzen, um neue Wirtschafts- und Lebensformen zu fördern und sozial-ökologische Zielsetzungen zu verankern.

LITERATURVERZEICHNIS

- Albrechts, L. (2015). Breaking Out of the Box: Ingredients for a More Radical Planning. *Procedia – Social and Behavioral Sciences*, 184, 104–110. <https://doi.org/10.1016/j.sbspro.2015.05.063>
- Anguelovski, I., Connolly, J. J., Garcia-Lamarca, M., Cole, H., & Pearsall, H. (2019). New scholarly pathways on green gentrification: What does the urban 'green turn' mean and where is it going? *Progress in Human Geography*, 43(6), 1064–1086. <https://doi.org/10.1177/0309132518803799>
- APCC (2024). *Landnutzung, Landmanagement und Klimawandel. Special Report des APCC (Austrian Panel on Climate Change)*, Springer, Berlin/Heidelberg.
- ARL (Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft). (2021). *Postwachstum und Raumentwicklung: Denkanstöße für Wissenschaft und Praxis. Positionspapier der ARL 122*. ARL. Hannover.
- Asara, V., Profumi, E., & Kallis, G. (2013). Degrowth, Democracy and Autonomy. *Environmental Values*, 22(2), 217–239. <https://doi.org/10.3197/096327113X13581561725239>
- Ayers, R. U. (1995). Limits to the growth paradigm. *Ecological Economics* 19 (2), 117–134. [https://doi.org/10.1016/0921-8009\(96\)00064-X](https://doi.org/10.1016/0921-8009(96)00064-X)
- Banhierl, L., Henze, J., Janz, V., Warning, L., & Wilken, M. (2023). Eine verheißungsvolle Zukunft. In communia e.V & BUNDjugend (Hrsg.), *Öffentlicher Luxus* (1. Auflage). Dietz.
- Barca, S. (2019). The Labor(s) of Degrowth. *Capitalism Nature Socialism*, 30(2), 207–216. <https://doi.org/10.1080/10455752.2017.1373300>
- Bärnthaler, R., & Gough, I. (2023). Provisioning for sufficiency: Envisaging production corridors. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 19(1). <https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2218690>
- Bärnthaler, R., Gough, I. (2023). Provisioning for sufficiency: envisaging production corridors. *Sustainability: Science, Practice and Policy* 19, <https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2218690>
- Bärnthaler, R., Novy, A., & Plank, L. (2021). The Foundational Economy as a Cornerstone for a Social–Ecological Transformation. *Sustainability*, 13(18). <https://doi.org/10.3390/su131810460>
- Bohmann, U. & Muraca, B. (2016). Demokratische Transformation als Transformation der Demokratie: Postwachstum und radikale Demokratie. In: AK Postwachstum (Hrsg.): *Wachstum – Krise und Kritik*. Frankfurt a.M. / New York: Campus, S. 289–311.

- Brokow-Loga, A. (2021). Eine andere Stadt ist möglich! Realutopische Transformationen zur Postwachstumsstadt [Application/pdf]. In Eckardt, Frank & A. Brokow-Loga, *Stadtpolitik für alle: Graswurzelrevolution*. <https://doi.org/10.25643/BAUHAUS-UNIVERSITAET.4390>
- Bundeskanzleramt (2020). *Aus Verantwortung für Österreich – Regierungsprogramm 2020–2024*. Bundeskanzleramt Österreich (BKA), Wien.
- Burchell, J., & Cook, J. (2013). CSR, Co-optation and Resistance: The Emergence of New Agonistic Relations Between Business and Civil Society. *Journal of Business Ethics*, 115(4), 741–754. <https://doi.org/10.1007/s10551-013-1830-z>
- CBD (2023). *Convention on Biological Diversity*. <https://www.cbd.int/> (abgerufen am 2.11.2023).
- D’Alisa G., Demaria F., Kallis, G. (2015). Introduction. Routledge & CRC Press. *Degrowth: A Vocabulary for a New Era*.
- De Castro Mazarro, A., George Kaliaden, R., Wende, W., & Egermann, M. (2023). Beyond urban ecomodernism: How can degrowth-aligned spatial practices enhance urban sustainability transformations. *Urban Studies*, 60(7), 1304–1315. <https://doi.org/10.1177/00420980221148107>
- Degen, S., Müller, H. L., Porak, L., & Winkin, M. R. (2024). Vergesellschaftung zukunftsweisend gestalten: Ein Entwurf von Prinzipien für emanzipative und sozial-ökologisch transformative Demokratisierung in Vergesellschaftungsprozessen. In T. Pfaff (Hrsg.), *Vergesellschaftung und die sozialökologische Frage: Wie wir unsere Gesellschaft gerechter, zukunftsfähiger und resilienter machen können*. oekom verlag.
- Dowling, E. (2021). *The Care Crisis*. Verso.
- Durand, C., Hofferberth, E., & Schmelzer, M. (2024). Planning beyond growth: The case for economic democracy within ecological limits. *Journal of Cleaner Production*, 437, 140351. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2023.140351>
- Durrant, D., Lamker, C., & Rydin, Y. (2023). The Potential of Post-Growth Planning: Re-Tooling the Planning Profession for Moving beyond Growth. *Planning Theory & Practice*, 24(2), 287–295. <https://doi.org/10.1080/14649357.2023.2198876>
- Ehnert, F., Kern, F., Borgström, S., Gorissen, L., Maschmeyer, S., & Egermann, M. (2018). Urban sustainability transitions in a context of multi-level governance: A comparison of four European states.

Environmental Innovation and Societal Transitions, 26, 101–116.
<https://doi.org/10.1016/j.eist.2017.05.002>

- Frantzeskaki, N., Bach, M., Hölscher, K., & Avelino, F. (2018). Introducing Sustainability Transitions' Thinking in Urban Contexts. In N. Frantzeskaki, K. Hölscher, M. Bach, & F. Avelino (Hrsg.), *Co-creating Sustainable Urban Futures* (Bd. 11, S. 63–79). Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-319-69273-9_3
- Friedl, B., & Getzner, M. (2003). Determinants of CO₂ emissions in a small open economy. *Ecological Economics* 45 (1), 133–148. [https://doi.org/10.1016/S0921-8009\(03\)00008-9](https://doi.org/10.1016/S0921-8009(03)00008-9)
- Geels, F. W. (2014). Regime Resistance against Low-Carbon Transitions: Introducing Politics and Power into the Multi-Level Perspective. *Theory, Culture & Society*, 31(5), 21–40. <https://doi.org/10.1177/0263276414531627>
- Getzner, M. (2009). Determinants of (de-) materialization of an industrialized small open economy. *International Journal of Ecological Economics and Statistics* 14 (1), 3–13.
- Getzner, M., & Kadi, J. (2020). Determinants of land consumption in Austria and the effects of spatial planning regulations. *European Planning Studies* 28 (6), 1095–1117. <https://doi.org/10.1080/09654313.2019.1604634>
- Görg, C., Madner, V., Muhar, A., Novy, A., Posch, A., Steininger, K., & Aigner, E. (Hrsg.). (2023). *APCC Special Report Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben)*. Springer.
- Graaf, L., Werland, S., Lah, O., Martin, E., Mejia, A., Muñoz Barriga, M. R., Nguyen, H. T. T., Teko, E., & Shrestha, S. (2021). The Other Side of the (Policy) Coin: Analyzing Exnovation Policies for the Urban Mobility Transition in Eight Cities around the Globe. *Sustainability*, 13(16). <https://doi.org/10.3390/su13169045>
- Hickel, J. (2019). Degrowth: A theory of radical abundance. *real-world economics review*, 87.
- Hickel, J. (2021). What does degrowth mean? A few points of clarification. *Globalizations*, 18(7), 1105–1111. <https://doi.org/10.1080/14747731.2020.1812222>
- Hickel, J., Kallis, G., Jackson, T., O'Neill, D. W., Schor, J. B., Steinberger, J. K., Victor, P. A., & Ürge-Vorsatz, D. (2022). Degrowth can work – Here's how science can help. *Nature*, 612(7940), 400–403. <https://doi.org/10.1038/d41586-022-04412-x>

- Hicks, J. (1946). *Value and Capital: An Inquiry into Some Fundamental Principles of Economic Theory*. 2nd edition, Clarendon, London.
- Kaika, M., Varvarousis, A., Demaria, F., & March, H. (2023). Urbanizing degrowth: Five steps towards a Radical Spatial Degrowth Agenda for planning in the face of climate emergency. *Urban Studies*, 60(7), 1191–1211. <https://doi.org/10.1177/00420980231162234>
- Kallis, G. (2015). Social limits to growth. In Kallis, G. Demaria, F., & D'Alisa, G. (2015). *Degrowth. A Vocabulary for a new Era*. Routledge, Taylor & Francis.
- Kerschner, C., Wächter, P., Nierling, L., & Ehlers, M.-H. (2018). Degrowth and Technology: Towards feasible, viable, appropriate and convivial imaginaries. *Journal of Cleaner Production*, 197, 1619–1636. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2018.07.147>
- Khmara, Y., & Kronenberg, J. (2020). Degrowth in the context of sustainability transitions: In search of a common ground. *Journal of Cleaner Production*, 267. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2020.122072>
- Knobloch, U., Theobald, H., Dengler, C., Kleinert, A.-C., Gnadt, C., & Lehner, H. (Hrsg.); (2022). *Caring Societies – Sorgende Gesellschaften*. Beltz.
- Krähmer, K. (2022). Degrowth and the city: Multiscalar strategies for the socio-ecological transformation of space and place. *City*. <https://doi.org/10.1080/13604813.2022.2035969>
- Lamboll, R. D., Nicholls, Z. R. J., Smith, C. J., Kikstra, J. S., Byers, E., & Rogelj, J. (2023). Assessing the size and uncertainty of remaining carbon budgets. *Nature Climate Change* (online first, 30.10.2023).
- Lange, B., Hülz, M., Schmid, B., & Schulz, C. (Hrsg.). (2020). *Postwachstumsgeographien: Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien*. transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839451809>
- Lehtinen, A. A. (2018). *Degrowth in city planning*.
- Meadows, D. H., Meadows, D. L., Randers, J., Behrens, W. W. III (1972). *The limits to growth*. Universe Books, New York.
- Miraftab, F. (2009). Insurgent Planning: Situating Radical Planning in the Global South: *Planning Theory*. <https://doi.org/10.1177/1473095208099297>
- Mouffe, C. (1999). Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism? *Social Research*, 66(3), 745–758.

- Müller, H. L. (2023). Wohnbauland in Wien: Preistreiber Privatunternehmen. *Der Öffentliche Sektor – The Public Sector*, 49(1), 7–13. <https://doi.org/10.34749/oes.2023.4652>
- Nelson, A., & Schneider, F. (2018). *Housing for Degrowth: Principles, Models, Challenges and Opportunities*.
- Novy, A., Barlow, N., Kroismayr, S., Stroissnig, U., Lexer, W., Buschmann, D., Stickler, T., von Maltzahn, L., & Müller, H. L. (2023). *Transformative Klimamaßnahmen—Policy Brief*. https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/i/mlgd/Downloads/Policy_Brief_TCAs.pdf
- ÖROK (Österreichische Raumordnungs-Konferenz), (2021). *ÖREK 2030 – Österreichisches Raumentwicklungskonzept: Raum für Wandel*. ÖROK-Schriftenreihe 210, Wien.
- Pfaff, T. (Hrsg.). (2024a). *Vergesellschaftung und die sozialökologische Frage: Wie wir unsere Gesellschaft gerechter, zukunftsfähiger und resilienter machen können*. oekom verlag,
- Pfaff, T. (2024b). Mit Vergesellschaftung die sozialökologische Frage beantworten—Einleitung. In T. Pfaff (Hrsg.), *Vergesellschaftung und die sozialökologische Frage: Wie wir unsere Gesellschaft gerechter, zukunftsfähiger und resilienter machen können*. oekom verlag.
- Plank, L., & Volmary, Hans. (2023). *Shareholderorientierte transnationale Investoren in der kritischen sozialen Infrastruktur*. Verlag Arbeiterkammer Wien.
- Plank, L., Miess, M., Bröthaler, J., Getzner, M., Müller, H. L., Niederscheider, M., Bürger, J., Schieder, W., & Schindler, I. (2023). *Öffentliche Investitionen für den Klimaschutz in Österreich: Potenziale des öffentlichen Vermögens* (Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 243). Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16870199/>
- Purcell, M. (2006). Urban Democracy and the Local Trap. *Urban Studies*, 43(11), 1921–1941.
- Rajabi, M. M. (2022). Dilemmas of energy efficiency: A systematic review of the rebound effect and attempts to curb energy consumption. *Energy Research & Social Science*, 89. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2022.102661>
- Rockström, J. (und 50 Mit-Autor:innen) (2023). Safe and just Earth system boundaries. *Nature* 619, 6 July 2023, 102–111.

- Roy, B. (2017). The hegemony of growth: The OECD and the making of the economic growth paradigm. *Local Environment*, 22(7), 914–916. <https://doi.org/10.1080/13549839.2017.1296823>
- Ruiz-Alejos, C., & Prats, V. (2022). In quest of implementing degrowth in local urban planning policies. *Local Environment*, 27(4), 423–439. <https://doi.org/10.1080/13549839.2021.1983789>
- Savini, F., Ferreira, A., & Schönfeld, K. C. von (Hrsg.). (2022). Uncoupling planning and economic growth: Towards post-growth economic principles—An introduction. In *Post-growth planning: Cities beyond the market economy*. Routledge, Taylor & Francis.
- Schirpke, U., Braun, M., Eitzinger, J., Gaube, V., Getzner, M., Glatzel, S., Gschwantner, T., Kirchner, M., Leitinger, G., Mehdi-Schulz, B., Mitter, H., Scheifinger, H., Thaler, S., Thom, D., & Thaler, T. (2023). Past and future impacts of land-use changes on ecosystem services in Austria. *Journal of Environmental Management* 345, <https://doi.org/10.1016/j.jenvman.2023.118728>
- Steinberger, J. K., Krausmann, F., Getzner, M., Schandl, H., West, W. (2013). Development and de-materialization: an international study. *PloS One* 8 (10), <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0070385>
- Steininger, K., Schinko, T., Rieder, H., Kromp-Kolb, H., Kienberger, S., Kirchengast, G., Michl, C., Schwarzl, I., Lambert, S. (2022). 1,5°C: *Wieviel Treibhausgase dürfen wir noch emittieren? CCCA-Hintergrundpapier zu globalen und nationalen Treibhausgasbudgets*. Climate Change Council Austria (CCCA), Wien.
- Steurer, R. (2002). *Der Wachstumsdiskurs in Wissenschaft und Politik: Von der Wachstumseuphorie über ‚Grenzen des Wachstums‘ zur Nachhaltigkeit*. Verlag für Wissenschaft und Forschung.
- Stöglehner, G. (2023). *Grundlagen der Raumplanung: 1. Theorien, Methoden, Instrumente*. 2. akt. Auflage. Wien: Facultas.
- Übereinkommen von Paris (2016/2023). Staatsvertrag gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG zur Ratifizierung des Übereinkommens von Paris. BGBl. III Nr. 197/2016 i.d.F. BGBl. III Nr. 153/2023.
- UN (United Nations). (2023). *Global Sustainable Development Report 2023: Times of crisis, times of change: Science for accelerating transformations to sustainable development*. United Nations (UN), New York.

- Vanoli, A. (2016). National Accounting, History Of. In: Vernengo, M., Perez Caldentey, E., Rosser, B. J. Jr. (Hrsg.), *The New Palgrave Dictionary of Economics*. Palgrave Macmillan, London.
- Vogel, J. & Hickel, J. (2023). Is green growth happening? An empirical analysis of achieved versus Paris-compliant CO₂-GDP decoupling in high-income countries. *Lancet Planet Health* 7, e759–e769.
- Vogel, J., Gauthier, G., O'Neill, D. W. & Steinberger, J. K. (2024). Safeguarding livelihoods against reductions in economic output. *Ecological Economics* 215, 107977.
- Wächter, P. (2013). The impacts of spatial planning on degrowth. *Sustainability*, 5(3), 1067–1079.
- Wright, E. O. (2015). Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren. In: Brie, M. (Hrsg.) *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?* (S. 59–106). VSA-Verlag.
- Xue, J. (2015). Sustainable housing development: Decoupling or degrowth? A comparative study of Copenhagen and Hangzhou. *Environment and Planning C: Government and Policy*, 33(3), 620–639. <https://doi.org/10.1068/c12305>
- Xue, J. (2022). Urban planning and degrowth: A missing dialogue. *Local Environment*, 27(4), 404–422. <https://doi.org/10.1080/13549839.2020.1867840>

BIOGRAFIEN

Hannah Lucia Müller ist als ökologische Ökonomin am Forschungsbe-
reich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik (Institut für Raumplan-
nung) der TU Wien tätig und arbeitet zu Themen wie Daseinsvorsorge,
öffentliches Vermögen & Klimaschutz und Boden- und Wohnungspolitik.

Anna Franziska Kalhorn ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am For-
schungsbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik der TU Wien.
In ihrer Forschung beschäftigt sie sich u. a. mit Themen der Daseinsvor-
sorge sowie der Gesundheitsökonomie. Ihre Schwerpunkte liegen derzeit
in der Resilienzforschung sowie der Klimawandelanpassung.

Michael Getzner ist Professor für Finanzwissenschaft und Infrastruk-
turökonomie am Institut für Raumplanung. Seine Forschungsgebiete
sind: Ökologische Ökonomik, Kulturökonomik, Finanzwissenschaft,
Infrastrukturpolitik.